

20 Jahre UN-Kinderrechtskonvention

1989 - 2009: Einiges erreicht – Viel zu tun

I. Die Konvention

Die UN-Kinderrechtskonvention (»Übereinkommen für die Rechte des Kindes«) wurde am 20. November 1989 von der UN-Generalversammlung verabschiedet. Sie enthält 54 Artikel und zwei Zusatzprotokolle. Sie garantiert Kindern völkerrechtlich verbindliche Grundrechte wie das Recht auf Überleben, Bildung, Schutz vor Missbrauch und Gewalt, einen eigenen Namen und auf Kenntnis der Abstammung, aber auch auf Information und Beteiligung.

Kinder werden gemäß der Konvention nicht länger als unmündig und der Verfügungsgewalt von Erwachsenen überantwortet betrachtet, sondern als Rechtssubjekte und autonome Persönlichkeiten, die entsprechend ihren Möglichkeiten wahrgenommen und »in alle sie betreffenden Angelegenheiten« (Wortlaut der Konvention) einbezogen werden müssen. Das heißt: Bei allen Entscheidungen, die sich auf Kinder auswirken können, muss deren Wohl vorrangig berücksichtigt werden, sei es die Planung des Staatshaushaltes oder eines Verkehrsprojektes in einer Kleinstadt..

Die Kinderrechtskonvention ist von der internationalen Staatengemeinschaft formal nahezu einmütig akzeptiert. Außer den USA und Somalia haben alle Staaten die Konvention ratifiziert. Alle fünf Jahre müssen sie dem »UN-Ausschuss für die Rechte des Kindes« in Genf Rechenschaft über den Stand der Umsetzung der Konvention in ihren Ländern berichten. International wie auch in Deutschland setzen sich zahlreiche Organisationen für die Umsetzung der Kinderrechte ein, darunter auch terre des hommes. Nicht zuletzt dem Einsatz von Nichtregierungsorganisationen ist zu verdanken, dass in zwei Zusatzprotokollen das Mindestalter für die Beteiligung von Kindern in Kriegen und bewaffneten Konflikten auf 18 Jahre heraufgesetzt und Kinder explizit vor Kinderhandel, Kinderpornografie und Kinderprostitution geschützt werden sollen.

II. Einiges erreicht

In den letzten 20 Jahren seit Verabschiedung der Konvention wurden mit Hilfe nationaler Aktionspläne und internationaler Kampagnen Fortschritte erzielt:

- Die Kindersterblichkeit ist seit 1990 um 28 Prozent gesunken.
- Die Einschulungsrate von Jungen und Mädchen ist deutlich gestiegen.
- Zwischen 2001 und 2006 wurden rund 95.000 ehemalige Kindersoldaten demobilisiert.
- Die weibliche Genitalverstümmelung ist fast überall gesetzlich verboten.
- In über 100 Staaten ist die körperliche Züchtigung von Kindern in Schulen verboten.
- Kinder nehmen an Planungen ihrer Dorf-Entwicklungskomitees teil (Nepal).
- Kinder werden bei der Prüfung und Entscheidung über die Ausgabe staatlicher oder kommunaler Budgets mit einbezogen (Südafrika). Die Budgets afrikanischer Staaten für Gesundheit und Bildung werden anhand eines »Kinderfreundlichkeits-Index'« geprüft (Äthiopien).

III. Viel zu tun

Die Situation der Kinder weltweit zeigt nach wie vor riesigen Handlungsbedarf bei der Umsetzung der Kinderrechte:

- Täglich sterben über 25.000 Kinder unter fünf Jahren, die meisten von ihnen an vermeidbaren oder leicht zu behandelnden Krankheiten wie Durchfall, Lungenentzündung und Masern.
- In den Entwicklungsländern ist etwa jedes vierte Kinder unter fünf Jahren untergewichtig, viele tragen aufgrund dessen in ihrer körperlichen und geistigen Entwicklung unwiderrufliche Schäden davon.
- Rund 217 Millionen Kinder müssen täglich mehrere Stunden regelmäßig arbeiten, 126 Millionen von ihnen leisten gefährliche und für die psychische und physische Entwicklung dauerhaft schädigende Arbeit.
- 250.000 Kinder unter 18 Jahren werden in offiziellen Armeen oder Rebellenverbänden als Soldaten zwangsrekrutiert und zum Kämpfen gezwungen.
- Ein bis zwei Millionen Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren werden sexuell ausgebeutet (Prostitution, Pornografie).

IV. Situation Deutschland

- Deutschland hat die UN-Kinderrechtskonvention im April 1992 mit einem Vorbehalt ratifiziert. Er bezieht sich auf den Umgang mit minderjährigen Flüchtlingen (Artikel 22 Kinderrechtskonvention) und besagt, dass für diesen Personenkreis nicht die Schutzbestimmungen der Kinderrechtskonvention, sondern das deutsche Asyl- und Ausländerrecht gelten soll. Faktisch bedeutet dies, dass minderjährige Flüchtlinge in Deutschland wie Erwachsene behandelt und schnell in ein Asylverfahren gedrängt werden können. Alle bisherigen Initiativen zur Rücknahme dieses Vorbehaltes scheiterten am Widerspruch einzelner Bundesländer, die für die Betreuung der Flüchtlinge zuständig sind. Laut Koalitionsvertrag will die neu gewählte Bundesregierung den Vorbehalt gegen Artikel 22 zurücknehmen. Dies wäre ein spätes und überfälliges, aber begrüßenswertes Signal der neuen Regierung, die Rechte von Flüchtlingskindern in Deutschland endlich Ernst zu nehmen.
- Kinder werden nach wie vor als Personen kaum ernst genommen und respektiert. Nur 3,5 Prozent aller Städte und Gemeinden bieten Formen politischer Mitwirkung für Kinder und Jugendliche, z.B. Jugendbeiräte oder Kinderparlamente.
- Kinderrechte müssen Verfassungsrang haben. Nur wenn sie in die Verfassung aufgenommen werden, kann sichergestellt werden, dass zentrale Normen der Konvention wie das Partizipationsgebot (Artikel 12) und die Vorrangstellung bei allen staatlichen Entscheidungen (Artikel 4) auch für deutsche Kinder wirklich umgesetzt werden.

V. Ausblick

Die Kinderrechtskonvention hat dringend notwendige Verbesserungen der Überlebens- und Entwicklungschancen für Kinder und Jugendliche möglich gemacht. Sie lenkt den Blick auf ein gewandeltes Verständnis des Kindes: Kinder sind Akteure und Mitgestalter ihrer Interessen und aller sie betreffenden Vorgänge, Kinder müssen nicht allein geschützt und behütet werden, sondern haben ein Recht auf Beteiligung und Partizipation. Allerdings hat die offensichtliche Nichtbeachtung vieler Kinderrechte bisher politisch wie juristisch kaum Konsequenzen. Erforderlich ist deshalb ein wirksames und von Regierungen unabhängiges Überprüfungsorgan für die Umsetzung der Kinderrechte, bei dem wiederum Kinder und Jugendliche aktiv mitwirken müssen. Auch die Einführung eines Individualbeschwerderechtes für Kinder vor einem internationalen Gerichtshof wäre ein Instrument zur Sicherung der Rechte von Kindern. Laut Koalitionsvertrag will die neue Bundesregierung an der Ausgestaltung eines solchen Individualbeschwerdeverfahrens aktiv mitarbeiten. Es wird sich zeigen, wie ernsthaft dies geschieht und ob dabei das Wohl der Kinder im Vordergrund steht